

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

311

Wien, am 17. November 1936.

## Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien 1937

Bürgermeister Richard Schmitz hat heute in der Sitzung des Haushaltausschusses der Wiener Bürgerschaft den Entwurf des Voranschlages der bundesunmittelbaren Stadt Wien für das Jahr 1937 eingebracht.

Nach diesem Entwurf sind in der laufenden Gebarung, also ohne die Ansätze für die Vollendung beziehungsweise Weiterführung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes, 354,217.380 Schilling Ausgaben und 334,939.320 Schilling Einnahmen vorgesehen. Vorweg ist festzustellen, dass der Grossteil der Ausgaberbubriken im Vergleich mit dem Budget für 1936 wieder höhere Ansätze aufweist. Die Mehrausgaben sind zum Teil darauf zurückzuführen, dass die an die Stadtverwaltung gestellten Anforderungen sich in ansteigender Linie bewegen, zum Teil sind sie darin begründet, dass bei der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes gelegentlich der Aufholung der rückständigen Verhältnisse auf den vielen Gebieten des städtischen Gutes zwangsläufig auch ein Grossteil der laufenden Erhaltungsarbeiten und Nachschaffungen im Rahmen dieses Programmes unter einem besorgt wurde. Da das Programm nunmehr seinem Abschlusse zustrebt, muss das unabweisliche Erfordernis für die Erhaltung der Anlagen und für die Ergänzung der Betriebsmittel wieder zur Gänze in der laufenden Gebarung befriedigt werden.

Entsprechend den Ergebnissen der letzten eineinhalb Jahre konnten unter Vermeidung jedweder besonderen neuen Belastung auch die Einnahmen höher angesetzt werden, allerdings nicht in einem solchen Ausmass, dass die Steigerung auf der Ausgabenseite eingeholt wäre. Besonders hart werden die städtischen Finanzen von der Tatsache getroffen, dass die veranschlagte Erhöhung der Ertragsanteile voraussichtlich zur Gänze wirkungslos bleibt, da sie durch den der Stadt überraschend neu auferlegten Wehrbeitrag an den Bund vorweggenommen wird, obwohl die Erhöhung der Ertragsanteile zum grossen Teil auf die eigene Investitionstätigkeit der Stadtverwaltung zurückzuführen ist.

Nach den Voranschlägen der letzten Jahre stellt sich die Entwicklung des Haushaltes in der laufenden Gebarung dar wie folgt:

	Ausgaben	Einnahmen	Abgang	d. i. in Prozent der Ausgaben
1935	313,087.710 S	299,652.470 S	13,435.240 S	4'29 %
1936	337,519.010 S	321,813.300 S	15,705.710 S	4'65 %
1937	354,217.380 S	334,939.320 S	19,278.060 S	5'44 %

Dass der Etat der Ausgaben, wie ersichtlich, nach den Notjahren der äussersten Drosselung sich wieder etwas aufzulockern beginnt, ist vom Standpunkt einer wirksamen Vorsorge für die der Stadtverwaltung anvertrauten öffentlichen Aufgaben wie im Interesse der Erhaltung der Substanz gewiss erfreulich; minder erfreulich ist das gleichzeitige, nicht nur absolute, sondern auch relative Ansteigen des Abganges. Wenn daher gemäss den Grundsätzen einer dauernd geordneten Finanzgebarung in absehbarer Zeit wieder mit einem ausgeglichenen Budget gerechnet werden soll, muss jede weitere Verminderung der Einnahmen und jede Erhöhung der Ausgaben, die nicht organisch in Mehreinnahmen gedeckt ist, als untragbar bezeichnet werden. Dass die Konsolidierung des Stadthaushaltes bei nur einigermaßen gleichbleibenden Verhältnissen durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt, geht daraus hervor, dass mehr als 75 Prozent <sup>des</sup> voraussichtlichen Abganges auf den im Jahre 1935 eingeführten Beitrag der Stadt zum Polizeiaufwand des Bundes per 8 Millionen Schilling und auf den bereits erwähnten Wehrbeitrag per rund 7 Millionen Schilling entfallen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

Angesichts dieser besonderen Umstände erachtet es die Stadtverwaltung für gerechtfertigt, zur teilweisen Deckung des Fehlbetrages eine Kreditoperation im Höchstbetrag von 15 Millionen Schilling in Aussicht zu nehmen. Bezüglich des Restbetrages von rund 4 Millionen Schilling hofft sie - gestützt auf die Erfahrungen des letzten Rechnungsabschlusses - auf eine günstige Gestaltung der Kassenlage.

\*

Zu Einzelheiten übergehend, sei zunächst der Personalaufwand besprochen. Er ist in einer Höhe von insgesamt 145,040.820 Schilling veranschlagt, wovon 98,559.640 Schilling auf die Aktivbezüge und 46,481.180 Schilling auf die Pensionsbezüge entfallen. Für das Jahr 1936 waren 144,283.250 Schilling veranschlagt, und zwar 98,584.080 Schilling für Aktivbezüge und 45,699.170 Schilling für Pensionsbezüge. Die Aktivbezüge halten sich somit trotz der schemamässigen Vorrückungen auf fast gleicher Höhe, während die Pensionen um rund 1 3/4 Prozent höher angesetzt sind, der ziffernmässige Ausdruck für das Bestreben der Stadtverwaltung, die Aktion der Verjüngung des Personales im Rahmen der finanziellen Möglichkeit fortzuführen. Mit dem Stichtag 1. August 1936 betrug die Zahl der aktiven Angestellten 22.401 Personen (gegen 22.027 im Jahre 1934 und 22.472 im Jahre 1935), die der Pensionsparteien 13.300 (gegen 12.387 und 12.637 in den Vorjahren). Unter den aktiven Angestellten befinden sich 105 Aspiranten und 443 Hilfslehrer. In den Wohlfahrtsanstalten sind 279 geistliche Schwestern beschäftigt.

Auf das Lehrpersonal entfallen vom Gesamtpersonalaufwand 51,560.060 Schilling, das sind 35,5 Prozent. Einschliesslich des Sachaufwandes und der verschiedenen einschlägigen Vorhaben sind für das Schulwesen in der laufenden Gebarung insgesamt 60,099.290 Schilling vorgesehen, sonach trotz fortgesetzt sinkender Schülerzahl nicht viel weniger als im Jahre 1936, das aus diesem Titel mit einer Ausgabe von 60,223.780 Schilling rechnete. Im Besonderen wird durch die Auswechslung veralteter Heizanlagen in den Schulen, die im Rahmen des Investitionsprogrammes durchgeführt wurde, der Aufwand für die Beheizung eine Verringerung erfahren. Hingegen ist der gesetzliche Beitrag der Stadt zum Aufwand des Fortbildungsschulfonds höher veranschlagt; die Steigerung ist vor allem auf die höhere Zahl von Lehrlingen und auf den Ausbau des Religionsunterrichtes wie der Freizeitgestaltung zurückzuführen.

Im Volksbildungswesen ist durch die im Zuge der Schaffung des Volksbildungsamtes erfolgte Uebernahme der Arbeiterbüchereien eine neue laufende Ausgabe erwachsen; sie beinhaltet den Aufwand für die Ergänzung und Erhaltung der Buchbestände, sowie die Entlohnung der freiwillig mitarbeitenden Bibliothekare und die Lokalspesen. Der Ansatz beträgt 267.040 Schilling. Uebernommen wurden 53 Arbeiterbüchereien, von denen 13 auf die Bezirke 1 bis 9 und 40 auf die Bezirke 10 bis 21 entfallen. Die Buchbestände umfassen rund 220.000 Bände Belletristik, 60.000 Bände wissenschaftlichen Inhaltes und 20.000 Bücher für Kinder.

Der Aufwand der Feuerwehr ist mit 6,813.080 Schilling veranschlagt gegen 6,615.150 Schilling für 1936. Für Erhöhung ihrer Schlagfertigkeit, die schon ein Punkt des Arbeitsprogrammes 1936 war, sind weitere Beschaffungen, hauptsächlich solche modernster Konstruktion und für Spezialzwecke, sowie der Ausbau der Feuerwachen Stadtlau und Prater vorgesehen.

Der Dienst der titrierten Altschuld wird netto 1,750.800 Schilling erfordern. Die Kosten für die Verzinsung und für die im Jahre 1937 planmässig einsetzende Tilgung der Schillingschuldverschreibungen vom Jahre 1934 werden zur Gänze von den städtischen Unternehmungen ersetzt, denen seinerzeit

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

der Erlös der durch diese Schuldverschreibungen konvertierten Dollaranleihe für Investitionszwecke zugeflossen ist.

Die von der Wiener Bürgerschaft in den Jahren 1934 und 1935 für die Bestreitung der Kosten des Arbeitsbeschaffungsprogrammes gewidmeten Hypothekarkredite werden im Jahre 1937 voraussichtlich tatsächlich in Anspruch genommen werden müssen; für ihren Dienst ist eine Annuität von 2,540.000 Schilling vorgesehen.

Die seit 1934 aufgenommenen Schatzscheinkredite werden sich Ende 1936 auf 68 Millionen Schilling belaufen; für Tilgung und Kosten wird im Jahre 1937 ein Betrag von 22,800.000 Schilling aufgewendet werden.

Die Ertragsanteile sind entsprechend dem Bundesvoranschlag, der angesichts der Ergebnisse des laufenden Jahre nunmehr mit höheren Einnahmen auch im kommenden Jahre rechnet, mit 61,325.790 Schilling veranschlagt. Wie einleitend vermerkt, kommt die daraus sich ergebende Mehreinnahme von rund 7 Millionen Schilling der Stadt leider nicht zugute.

Die Erfahrungen des laufenden Jahres haben die Stadtverwaltung veranlasst, auch die Ansätze ihrer eigenen Abgaben gegenüber dem letzten Voranschlag einer Ueberprüfung zu unterziehen. Ihr voraussichtlicher Ertrag ist einschliesslich der Zuschläge zu den Bundesgebühren mit 116,141.000 Schilling, somit um 4,231.000 Schilling <sup>wesen</sup> höher eingesetzt.

Für das Wohlfahrts <sup>wesen</sup> sind im Voranschlag des Wohlfahrtsamtes Ausgaben von 98,499.390 Schilling vorgesehen. Hiezu kommen aus der laufenden Gebarung der anderen Hauptstücke für den allgemeinen Aufwand der mit Wohlfahrtsagenden betrauten Abteilungen, für die, beim Kraftwagenbetrieb verrechneten Auslagen der Krankentransporte u. a. m. noch 12,312.240 Schilling, sodass sich ein Wohlfahrtsetat von zusammen 110,811.630 Schilling ergibt. Die Erhöhung gegenüber dem Voranschlag 1936 beträgt 2,373.480 Schilling, ein Zeichen für das Ansteigen der an die Stadtverwaltung herantretenden Fürsorgebedürfnisse und ein Beweis für das Bemühen der Stadtverwaltung, die gerechtfertigten Bedürfnisse der Wohlfahrtspflege nach Möglichkeit zu befriedigen.

Im Besonderen sind folgende Posten höher angesetzt:

Beitrag zu den Notstandsaushilfen für Arbeitslose und zu den Kosten der Altersfürsorge.....	14,577.000 S	gegen	14,270.000 S
Familienschutz.....	400.000 S	gegen	210.000 S
Obdachlosenheim .....	1.060.000 S	gegen	910.800 S
Erhaltungsbeiträge .....	16,100.000 S	gegen	15,900.000 S
Pflegebeiträge .....	5,700.000 S	gegen	5,500.000 S
Geld- und Sachaushilfen durch den Magistrat und die Fürsorgeämter.....	3,200.000 S	gegen	2,247.000 S
Verabreichung von Arzneien und dgl. an Arme .....	1,000.000 S	gegen	800.000 S
Unterbringung von Kindern in privaten Heimen und Anstalten .....	2,300.000 S	gegen	2,000.000 S
Kindergärten und Horte .....	4,692.330 S	gegen	4,426.520 S

Die erstgenannte Post umfasst den gesetzlichen Maximalbeitrag der Stadt für die Notstandsaushilfen per 6,500.000 Schilling und den Anteil der Stadt Wien an 40.960 Altersfürsorgeerenten. Die Steigerung des Ansatzes für das Obdachlosenheim ist hauptsächlich auf die Inbetriebsetzung des neuen Obdachlosenheimes 12., Kastanienallee, mit einem Belagraum von 500 Betten zurückzuführen; in diesem Heime wurde insbesondere ein Mütterheim mit 30 Einzelräumen geschaffen. Der Ansatz für die Erhaltungsbeiträge rechnet mit 54.000 Personen, jener für die Pflegebeiträge mit 42.000.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

IV. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am .....

Die Erhöhung des Ansatzes für die Kindergärten und Horte ermöglicht nebst der Einführung einer Cacaojause in den Horten die Errichtung von 7 Kindergarten- und 9 Hortabteilungen; unter Einrechnung derselben werden die 73 Kindergärten, 9 Horte und 28 Jugendheime der Stadt insgesamt 263 Kindergarten- und 99 Hortabteilungen umfassen.

Kleinere Erhöhungen haben unter anderem auch der Ansatz für Stipendien und Studienaushilfen (infolge der beabsichtigten Einbeziehung von aspirierenden Hospitanten der städtischen Krankenanstalten und Einführung von Schulgeldbeihilfen für fachliche Berufsschulen) und der Ansatz für die Tuberkulosenfürsorgestellen (durch einen Beitrag an den Landesverein vom roten Kreuz zur Erhaltung seiner Tuberkulosenfürsorgestellen in Wien) erfahren.

Das Budget der städtischen Wohlfahrtsanstalten allein umfasst, vom Obdachlosenheim abgesehen, Ausgaben von 28,536.200 Schilling, wovon 15,540.400 Schilling auf das Personal und 12,995.800 Schilling auf sachliche Erfordernisse entfallen.

An Verpflegskostensätzen und sonstigen Einnahmen stehen diesem Aufwand 5,451.800 Schilling, d. s. nur 19,1 Prozent gegenüber. Das Präliminare rechnet mit 6,156.930 Verpflegstagen. Der veranschlagte Pflinglingsstand ist von 16.804 Betten im Voranschlag 1936 auf 16.894 gestiegen. Im Besonderen hat der Krankenbettenstand des Versorgungsheimes Lainz durch Umwandlung einer Belagsabteilung in eine Krankenabteilung eine Vermehrung um 85 Betten erfahren. Neu ist ein Ansatz von 300.000 Schilling für die Nachschaffung von Textilien, zu dem der Bund auf Grund des Gesetzes für Notstandsarbeiten vom 21. Juli 1936 150.000 Schilling beisteuert. Die nunmehr durchgeführte Wiederinstandsetzung und Neueinrichtung von Gottesdienststätten in den Anstalten wird den Insassen die Erfüllung ihrer religiösen Pflichten erleichtern. Dem Budget der Wohlfahrtsanstalten ist auch die Kinderheilanstalt in San Pelagio zuzurechnen, deren Beschickung mit 7 Transporten à 80 Kinder (statt 60) in Aussicht genommen werden konnte.

Im Voranschlag des Wohnungsamtes macht sich bei den Erhaltungsauslagen für die städtischen Wohnhäuser eine Zunahme bemerkbar; sie entspricht der bisherigen Bestanddauer der Anlagen und wird, dem zunehmenden Alter der Neubauten entsprechend, in den nächsten Jahren noch weiter ansteigen.

In Verwaltung der Stadt standen mit dem Stichtag vom 1. August 1936 einschliesslich der Fonds- und Stiftungshäuser, sowie einiger Objekte städtischer Unternehmungen und dergleichen 70.159 Wohnungen und 3.838 Geschäftslokale, darunter 217 Wohnungen am Familienasyl St. Brigitta. Seither sind weitere 4 Asyle mit insgesamt 484 Wohnungen der Benützung übergeben worden. Für 1937 steht die Errichtung von noch 3 Asylen in Aussicht; das Erfordernis ist am Arbeitsbeschaffungsprogramm sichergestellt. Der in der laufenden Gebarung für Gewinnung von Wohnraum veranschlagte Betrag von 180.000 Schilling wird die Adaptierung von 3 freigewordenen Schulen ermöglichen.

Der Etat des Bauamtes stellt sich in der laufenden Gebarung einschliesslich des allgemeinen Personal- und Sachaufwandes auf 51,798.580 Schilling. Die Steigerung gegenüber dem Ansatz des Jahres 1936 beträgt 2,372.520 Schilling und ist hauptsächlich auf die Beendigung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes zurückzuführen, das, wie bereits erwähnt, zum Teil die gesonderte Vornahme von Erhaltungsarbeiten überflüssig machte.

Als Investitionen des Strassenpflege- und Kraftwagenbetriebes sind unter anderem 105.000 Schilling für die Anschaffung von 3.000 Müll-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am .....

kübeln, 310.000 Schilling für neue Müllabfuhrwagen, 103.000 Schilling für die Beschaffung von Wagen und Maschinen zur Strassensäuberung, 80.000 Schilling für neue Schnellastwagen und 43.000 Schilling für die weitere Modernisierung des Sanitätsfahrparkes vorgesehen. Die Ausgestaltung des Schuttabelleerplatzes am Bruckhaufen wird als letzte Rate einen Betrag von 1,168.000 Schilling erfordern. Auch für die Fortsetzung der Versuche (Holzgas u. a.) ist wieder ein Betrag von 20.000 Schilling ausgeworfen.

Die Investitionen der Wasserversorgung betreffen hauptsächlich die Anschaffung von Wassermessern und die Ausgestaltung des Rohrnetzes. Von den Investitionen der Bäder ist die Post von 80.000 Schilling für die Errichtung eines Kinderfreibades im 10. Bezirk hervorzuheben; ein solches erweist sich als notwendig, um die Kinder aus der Umgebung der Ziegelteiche den Gefährdungen des wilden Badens zu entziehen.

Im Gartenwesen sind für die Herstellung von Betonraseneinfassungen und für Einfriedungen 51.500 Schilling, für die Errichtung und Ausgestaltung von Gartenanlagen 200.000 Schilling und für sonstige Investitionen (Anschaffung von Gartenbänken, Instandsetzung des Glashauses im Reservogarten u. s.) 50.500 Schilling vorgesehen. Die grösste Herstellung wird die Errichtung eines Volksparkes bei den aufgelassenen Ziegelwerken am Laaerberg sein. Für die Aktion "Wien im Blumenschmuck" sind wieder 10.000 Schilling ausgeworfen.

Die Kosten für die Fortführung des im Jahre 1936 begonnenen Teeragzusatzprogrammes betreffend Verbesserung von Strassenübergängen und Gehwegen sowie Instandsetzungsarbeiten an Brücken sind mit 627.380 Schilling eingesetzt. In den übrigen Hauptstücken der laufenden Gebarung sind für die Erhaltung von Gebäuden und technischen Anlagen (Wohlfahrtsanstalten, Friedhöfe, Wohnhäuser, Märkte usw.) noch Ansätze im Gesamtbetrag von rund 10 Millionen Schilling enthalten.

Die Märkte und Schlachthöfe budgetieren Ausgaben von 10,241.040 Schilling; die Erhöhung gegenüber dem letzten Ansätze ist auf die erstmalige Veranschlagung einer mässigen Verzinsung der Anlagewerte und auf höhere Ansätze für die notwendigen Instandsetzungsarbeiten an den Anlagen dieses Betriebes zurückzuführen. Die Gebarung schliesst mit einem Passivum von 309.770 Schilling. Die zentralen Beschaffungsstellen veranschlagen einen Regieaufwand von 2,697.950 Schilling, wovon 1,743.860 Schilling auf Personalbezüge und 954.090 Schilling auf sachliche Erfordernisse entfallen; der voraussichtliche Bedarf an Rohmaterialien und Fertigwaren wird mit 13,590.000 Schilling berechnet.

Für die Vollendung der Vorhaben des Investitionsprogrammes 1934/35 und des Arbeitsbeschaffungsprogrammes 1936 sind gesondert 16,393.500 Schilling vorgesehen. In Betracht kommen die Fertigstellung der Höhenstrasse und des Höhenweges, der Wientalstrasse, der Schlauhthausbrücke, die Dotierung des Assanierungs- und des Hausreparaturfonds, die Fertigstellung der Hauptschule in Aspern, die Vollendung des Wasserbehältern im Tiergarten und andere mehr.

Die Investitionstätigkeit und Arbeitsbeschaffung der Stadt Wien wird mit dem Abschluss des Programmes nicht abgebrochen. Ueber die in der laufenden Gebarung vorgesehenen Investitionen hinaus bietet die Tatsache, dass der Grossteil des Programmes ohne Inanspruchnahme der hierfür bereits bewilligten Hypothekarkredite verwirklicht werden konnte, die willkommene Gelegenheit, wie im Vorjahre auch für 1937 ein Zusatzprogramm in Aussicht zu nehmen. Es ist mit einem Gesamterfordernis von 20'5 Millionen Schilling im

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am .....

Anschluss an das Arbeitsbeschaffungsprogramm sichergestellt und soll in erster Linie die Fortführung einiger Vorhaben des beendeten Programmes ermöglichen, wie die Verbesserung der Einfallstrassen, die neuerliche Dotierung des Assanierungs- und des Hausreparaturfonds, die weitere Ausgestaltung der Wasserversorgungs- und der Kanalisationsanlagen und andere mehr. Es bringt aber auch neue Vorhaben: den Umbau der polnischen Halle in der Grossmarkthalle, den durch rege Siedlungstätigkeit nötig gewordenen Neubau einer Schule in Leopoldau und den Umbau von demolierungsreifen städtischen Althäusern, womit wieder zwar in leider nur bescheidenem Umfange, aber mit verhältnismässig geringen Kosten Wohnraum gewonnen wird.

Das Erfordernis für das sonach wieder erweiterte Arbeitsbeschaffungsprogramm ist mit 36,492.900 Schilling in den bereits erwähnten Hypothekarkrediten und mit dem Restbetrag von 400.600 Schilling in verschiedenen Beiträgen und Ersätzen gedeckt.

Gleichzeitig mit dem Voranschlag wurden vom Bürgermeister die von den Direktoren der städtischen Unternehmungen (Gaswerke, Elektrizitätswerke, Strassenbahnen, Brauhaus, Leichenbestattung und Ankündigungsunternehmung) vorgelegten Wirtschaftspläne zur Beratung übermittelt.

## Gaswerk.

Dem Wirtschaftsplan für 1937 wurde eine dem laufenden Jahre entsprechende Gaserzeugung von 268 Millionen Kubikmeter gegen 274 Millionen Kubikmeter für 1936 zugrunde gelegt. Die zur Abgabe gelangende Gasmenge ist mit 240 Millionen Kubikmeter gegenüber 250 Millionen Kubikmeter im Vorjahre angenommen, da sich nach den Erfahrungen der Vorjahre eine Verminderung des Heizgasverbrauches ergeben dürfte.

Der Voranschlag ergibt nach Vornahme entsprechender Abschreibungen von den Anlagewerten und der Zuweisungen an die Rücklagen einen Gebärungsüberschuss von 9'1 Millionen Schilling gegen 10'6 Millionen Schilling des Voranschlages für 1936.

Für Investitionen sind 5'1 Millionen Schilling vorgesehen, wovon 0'4 Millionen Schilling auf bereits in Ausführung begriffene Neuherstellungen entfallen.

## Elektrizitätswerke.

Der Strombedarf des Unternehmens wird im Wirtschaftsplan 1937 mit 485 Millionen Kilowattstunden gegen 474 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1936 veranschlagt. Hievon sollen rund 244 Millionen Kilowattstunden aus den eigenen Dampf- und Wasserkraftwerken und rund 241 Millionen Kilowattstunden durch Fremdstrombezug gedeckt werden. Die für den Verkauf bestimmte <sup>Strom-</sup>Menge ist mit 352 Millionen Kilowattstunden gegenüber 342'4 Millionen Kilowattstunden im Voranschlag 1936 angesetzt.

Der Wirtschaftsplan weist nach Durchführung entsprechender Abschreibungen von den Anlagewerten und Zuweisungen an Rücklagen einen Gebärungsüberschuss von rund 10'1 Millionen Schilling gegenüber den für 1936 veranschlagten rund 10'2 Millionen Schilling aus.

Für Investitionen ist im Wirtschaftsplan ein Geldbedarf von rund 11'75 Millionen Schilling vorgesehen, wovon auf bereits in Ausführung begriffene Neuherstellungen rund 2 Millionen Schilling entfallen.

## Strassenbahnen.

Im Vergleich mit dem Wirtschaftsplan 1936 rechnen die Strassenbahnen für das Jahr 1937 auf der Strassenbahn und Stadtbahn mit einem Rückgang der Beförderungsleistung von 483'7 Millionen auf 470 Millionen Fahrgästen, beim Autobusbetrieb mit einer Erhöhung von 16'44 Millionen auf 16'67

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am .....

Millionen und beim Elektrobusbetrieb mit einem Rückgang von 280.000 auf 260.000 Personen. Der angenommene Rückgang der Frequenz auf der Strassenbahn und Stadtbahn beträgt rund 2'9 Prozent und hält sich damit im Rahmen des in den letzten Monaten des laufenden Jahres tatsächlich eingetretenen Frequenzabfalles. Die rund 1'4 prozentige Erhöhung der Beförderungsleistung beim Autobusbetrieb ist der Hauptsache nach auf die andauernd gute Frequenz der Kahlenberglinie und auf die günstige Entwicklung des Nachtverkehrs zurückzuführen. Die Abnahme der Beförderungsleistung beim Elektrobusbetrieb gründet sich auf die Frequenzsiffern des laufenden Jahres.

Die Fahrleistung der Strassenbahn und der Stadtbahn ist mit 122'6 Millionen Wagenkilometer angenommen. Gegenüber der Annahme für das Jahr 1936 mit 125'6 Millionen Wagenkilometer ergibt sich eine Senkung um 3 Millionen Wagenkilometer oder um rund 2'4 Prozent, ungefähr dem Rückgang der Frequenz gleichkommend. Beim Autobusbetrieb wird entsprechend der höheren Beförderungsleistung eine Steigerung der Fahrleistung von 3,625.600 Wagenkilometer auf 3,725.200 Wagenkilometer vorgesehen. Beim Elektrobusbetrieb wird die geringer angenommene Frequenz auch einen Rückgang der Fahrleistung von 68.500 Wagenkilometer auf 65.000 Wagenkilometer zur Folge haben.

Die Einnahmen aus der Personenbeförderung auf der Strassenbahn und Stadtbahn werden auf 94 Millionen Schilling geschätzt, wogegen der Ansatz im Vorjahre 98'7 Millionen Schilling betrug. Der zu gewärtigende Einnahmefall beträgt also 4'7 Millionen Schilling, das sind 4'8 Prozent. Dass die Einnahmen in einem höheren Prozentsatz abnehmen als die Frequenz, ist darauf zurückzuführen, dass immer mehr Fahrgäste von den billigen und billigsten Fahrpreisen Gebrauch machen und für das Jahr 1937 nur mehr mit einem Durchschnittsfahrpreis von 20 Groschen gerechnet werden kann. Beim Autobusbetrieb werden im Einklang mit der erwarteten Frequenzsteigerung die Einnahmen von 4,513.600 Schilling auf 4,655.800 Schilling hinaufgesetzt. Die Einnahmen des Elektrobusbetriebes sind gegenüber dem Vorjahre entsprechend der gewärtigten geringeren Frequenz um 3.000 Schilling niedriger, also mit 39.000 Schilling angenommen.

Die Einnahmen aus der Gepäcks- und Hundebeförderung sind auf Grund der Erfahrungen des laufenden Jahres mit 840.200 Schilling eingesetzt. Der Ansatz für das Jahr 1936 hat noch 924.200 Schilling betragen.

Die städtischen Strassenbahnen rechnen für das Jahr 1937 mit einem Gebarungsabgang von rund 6'9 Millionen Schilling; er ist um rund 1'5 Millionen Schilling höher als der für das Jahr 1936 vorgesehene. Dies ist vornehmlich darauf zurückzuführen, dass im Jahre 1937 die Tilgung der 6prozentigen Schillingschuldverschreibungen vom Jahre 1934 einsetzt, sodass die Ausgaben per Saldo nur insgesamt um rund 3'1 Millionen Schilling gesenkt werden konnten, wogegen die Gesamteinnahmen um rund 4'6 Millionen Schilling niedriger angenommen werden mussten.

Für Investitionen (Erneuerungen) und Inventaranschaffungen ist ein Betrag von 8'3 Millionen Schilling vorgesehen gegen 10'8 Millionen Schilling im Jahre 1936. Von diesem Betrage entfallen rund 2'4 Millionen Schilling auf die Beitragsleistungen zum Umbau der Reichsbrücke, der Rotundenbrücke und der Schlachthausbrücke und rund 0'6 Millionen Schilling auf die Herstellung der Gleisanlagen aus Anlass des Umbaus der Reichsbrücke und der Schlachthausbrücke.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

VIII. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am .....

## Brauhaus.

Das Brauhaus der Stadt Wien rechnet mit einer Erzeugung von 130.000 hl und einem Verkauf von 122.200 hl Bier. Die Einnahmen für Bier- und Nebenprodukte werden mit 7,920.400 Schilling gegen 9,570.900 Schilling im Vorjahre präliminiert. Begründet wird dieser Rückgang mit der aussergewöhnlichen Verminderung des Bierabsatzes im Jahre 1936, die nur zum Teil auf die dem Konsum abträgliche Witterung zurückzuführen ist, ihre Hauptursache aber in der unerwarteten Preissenkung auf dem Weinmarkte hat.

Der veranschlagte Gebarungsüberschuss beträgt 100.000 Schilling  
Für Investitionen sollen 310.000 Schilling aufgewendet werden.

## Leichenbestattung.

Der Wirtschaftspän der städtischen Leichenbestattung für das Geschäftsjahr 1937 gründet sich auf die Annahme, dass das Unternehmen 9.600 Bestattungen auf ausschliesslich eigene Rechnung durchführen und in 7.500 Fällen Teilleistungen an private Bestatter erbringen wird. Ausserdem wird mit 1.800 unentgeltlichen Leichenbegängnissen gerechnet.

Die Einnahmen aus der Leichenbestattung sind um rund 165.000 Schilling höher angenommen; der Gebarungsüberschuss ist mit 130.000 Schilling veranschlagt.

Für Investitionen und Inventaranshaffungen ist ein Betrag von 185.000 Schilling vorgesehen.

## Ankündigungsunternehmung.

Die städtische Ankündigungsunternehmung rechnet damit, dass <sup>im</sup> der/laufenden Geschäftsjahr erzielte Umsatz auch im Jahre 1937 erreicht werden wird. Ihr Wirtschaftspän weist einen Gebarungsüberschuss von 85.000 Schilling aus.

Abschliessend verdient hervorgehoben zu werden, dass in den Voranschlägen der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen Kreditbeträge in der Höhe von 140 Millionen Schilling aufscheinen, die für Industrie, Gewerbe und Handel bestimmt sind und dadurch der Wirtschaft unmittelbar zufließen. Von dieser Summe entfallen 82 Millionen Schilling auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm und die sonstigen <sup>auf</sup> arbeitsschaffenden Ausgaben der Hoheitsverwaltung und 58 Millionen Schilling/gleichartige Aufwendungen der städtischen Unternehmungen.

-----